

~~II - 1348~~ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
 BUNDESMINISTERIUM des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

FÜR
 AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

WIEN.

DVR: 000060

GZ. 176.10.02/10-II.3/87

414 IAB

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
 zum Nationalrat Helmut Haigermoser und
 Genossen betreffend Probleme der deutschen
 Minderheiten in Siebenbürgen (NR 547/J)

1987 -07- 10

zu 547 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1010 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Haigermoser Helmut und
 Genossen haben am 11. Juni 1987 unter der Nr. 547/J-NR 1987 an
 mich eine schriftliche Anfrage betreffend Probleme der deutschen
 Minderheit in Siebenbürgen gerichtet, welche den folgenden Wort-
 laut hat:

- "1. Sind Ihnen diese angeführten Probleme der deutschen
 Minderheiten in Rumänien bekannt?
2. Was werden Sie tun, um diesen Minderheiten das Leben in
 Rumänien zu erleichtern?
3. Stimmt es, daß der österreichische Staat die Auswanderwilligen
 dieser Minderheiten nicht aufnehmen will?
4. Werden Sie insbesondere mit Rumänien Verhandlungen auf-
 nehmen dahingehend, daß bei der Auslieferung von Lebens-
 mittelpaketen in der Vorweihnachtszeit 1987 nicht dieselben
 Probleme auftreten wie 1986?"

Ich beehre mich, diese Anfragen wie folgt zu beantworten:

Zu 1: Die in der Parlamentarischen Anfrage angeführten Probleme
 der deutschen Minderheiten in Rumänien sind mir bekannt.

Hinsichtlich der Frage der zollmäßigen Behandlung der Lebens-
 mittelpakete kann ich darauf hinweisen, daß es im Vorjahr, wie
 dies auch im Text der Anfrage vermerkt wird, gelungen ist,
 durch mehrfache österreichische Interventionen, darunter
 auch ein entsprechendes persönliches Gespräch meines Amts-

- 2 -

vorgänger mit dem rumänischen Botschafter in Wien, pragmatische Lösungen für die damals blockierten Geschenk-sendungen zu erreichen, die auch eine Entrichtung der Zollgebühren in Landeswährung einschlossen.

Zu 2: Wie bereits in der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage NR 1875/J im Februar des Vorjahres ausgeführt wurde, wird durch die rumänische Assimilierungspolitik die Vornahme österreichischer Maßnahmen zur Erleichterung der Lage der deutschsprachigen Minderheit in Rumänien erschwert. Dennoch ist das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten bemüht, auf allen erfolgversprechenden Gebieten, so insbesondere im Rahmen der KSZE, entsprechende Schritte, die auf eine Verbesserung der Lage der Minderheit abzielen, zu unternehmen. Ein in diese Richtung gehender Vorschlag wurde auch bei dem derzeit in Wien stattfindenden KSZE-Folgetreffen von Österreich miteingebracht.

In diesem Zusammenhang besteht österreichischerseits auch ein großes Interesse an einer Intensivierung der kulturellen Kontakte. Allerdings wird diesem Interesse seitens der rumänischen Behörden mit deutlicher Zurückhaltung begegnet. Diese ablehnde Haltung Rumäniens, insbesondere gegenüber privaten österreichischen Initiatoren für musikalische und folkloristische Veranstaltungen in Siebenbürgen, verhinderte trotz entsprechender offizieller österreichischer Bemühungen eine Reihe österreichischer Kulturveranstaltungen in Rumänien.

Zu 3: Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten liegen keine Hinweise dafür vor, daß Österreich seine Einwanderungspolitik in irgendeiner Weise restriktiver gestaltet oder verschärft hätte.

Zu 4: Die rumänische Seite hat zugesichert, daß individuelle Paket-sendungen von österreichischen Einzelpersonen an rumänische Einzelpersonen, soweit sie nur geringe Mengen von Lebens-

./.

- 3 -

mittel und auch keine zollpflichtigen Waren enthalten, ohne Schwierigkeiten entzollt und ausgeliefert werden. Sollten trotz dieser Zusage Schwierigkeiten auftreten, wird das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, das diese Angelegenheit aufmerksam verfolgt, neuerlich auf eine den Interessen der Minderheit entsprechende pragmatische und möglichst flexible Vorgangsweise drängen.

Wien, am 29. Juni 1987

Der Bundesminister
für
auswärtige Angelegenheiten:

